

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/203

20. Oktober 1972

Schmale Ernte hektischer Betriebsamkeit

Bodenreformkonzept der CDU nur eine halbe
Leistung

Von Hans Koschnick
Senatspräsident und Bürgermeister der Freien
und Hansestadt Bremen und Mitglied des SPD-
Vorstandes

Seite 1 und 1a / 73 Zeilen

Dank an Heinrich Böll

Ein neuer Nobelpreisträger der Bundesrepublik

Seite 2 / 44 Zeilen

CDU-Minus auch beim Sport

Fakten räumen mit Barzels Propaganda auf

Von Friedel Schirmer
Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-
Partei Vorstand

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Pioniere der Völkerverständigung

Deutsch-Polnische Kooperation im Lehrbuch-
wesen

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Schmale Ernte hektischer Betriebsamkeit

Bodenreformkonzept der CDU nur eine halbe Leistung

Von Hans Koschnick

Senatspräsident und Bürgermeister der Freien und
Hansestadt Bremen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Leitsätze der CDU/CSU zur Fortentwicklung des Bodenrechts, vorgetragen von F. Erpenbeck und J. Mick, sind die schmale Ernte hektischer Betriebsamkeit, die im Lager der Unionsparteien Platz griff, als Sozialdemokraten sich anschickten, ein geschlossenes Reformkonzept vorzulegen. Wir wissen um die Flügelkämpfe, die in den CDU-Kommissionen ausgetragen werden mußten. Sie waren wohl dafür verantwortlich, daß die CDU/CSU erst vier Wochen vor der Bundestagswahl fest täglich ihr Herz für noch ein Programm entdeckt. Die mühevollte Einigung zum Bodenrecht indessen war der Sache insgesamt abträglich.

Immerhin, wir stellen fest:

- Auch die CDU/CSU will jetzt endlich ein verbessertes Planungsrecht und übernimmt damit das Anliegen des Städtebauförderungsgesetzes.

Sie gibt also alte Bastionen auf, die sie noch bezogen hatte, als die Sozialdemokraten sich gegen den erbitterten Widerstand der Opposition zu diesem Gebiet durchsetzen mußten.

- Auch die CDU/CSU will jetzt endlich einen Planungswertausgleich über die Anwendungsfälle des Städtebauförderungsgesetzes hinaus. Sie hat also auch darin dazugelernt und übernimmt sozialdemokratische Vorstellungen.

Eine wirklich umfassende Bodenreform darf sich jedoch nicht auf die oben genannten zwei Maßnahmebereiche beschränken wollen. Wichtigstes Bauelement einer Reformkonzeption ist die unterschiedslose Erfassung aller großen, leistungslosen Vermögenswertsteigerungen beim Boden. Hier übt die CDU/CSU vornehme Zurückhaltung und macht sich zum Sachverwalter mächtiger Verbandsinteressen.

Die bodensteuerlichen Vorstellungen der Opposition sind im Grunde schon in der Kaiserzeit gescheitert, und es gibt heute keinen ernstzunehmenden Finanzwissenschaftler mehr in unserem Lande, der eine Steuer zum Zwecke der Bodenreform nur auf die "realisierten" Gewinne empfehlen würde - also Gewinne, die durch Verkauf in

Bargeld angefallen sind. Eine solche Steuer würde eben diesen Verkauf bestrafen, den Boden noch knapper machen, die Bodenpreise weiter sinnlos hochjagen und damit das Bodenproblem nur verschärfen: Schlimmer also als gar keine Steuer! Und doch bricht das ganze System zusammen, wenn man auf eine Wertzuwachssteuer verzichten wollte. Nur eine Bodenwertzuwachssteuer auf alle Wertzuwächse (alle außerordentlichen, auch die nichtrealisierten, mit ausreichenden Freigrenzen) und ein realistisches Bewertungsverfahren machen den Planungswertausgleich praktikabel und bodenpolitisch sinnvoll. Nur so werden die Entschädigungsleistungen der Gemeinden finanzierbar, die beim Vollzug des auch von der Union gewollten Planungs- und Enteignungsrechtes anfallen.

Hier liegt die Einbruchsstelle bei den Plänen der Union. Und da man unterstellen darf, daß sich ein Expertenkreis nicht unwissentlich der herrschenden ökonomischen Theorie widersetzt, tut er es wohl wissentlich.

Mit Amusement schließlich nehmen wir zur Kenntnis, daß auch in Kreisen der Union eine zeitnahe Bewertung des Grundvermögens gefordert wird. Wie man dazu kommen soll, bleibt freilich völlig offen.

Gesetzt nun den Fall, die CDU/CSU würde auch hier von Sozialdemokraten lernen wollen und schließlich für das Verfahren der kontrollierten Selbsteinschätzung zu gewinnen sein, dann erhebt sich doch die Frage, wie die Union weiterhin dem Diktat ihrer Interessenverbände folgen kann, nur die Verkaufserlöse steuerlich erfassen zu wollen: Dann würden doch diese realistischen Bodenwerte mit voller Wucht unter die gegenwärtige Grundsteuer fallen. Und vor allem: Zeitnahe Bewertung vorausgesetzt, jede Werterhöhung ginge auch automatisch mit einer entsprechenden Steuererhöhung einher. Das inöessen wäre nichts anderes als die von der Union so verkettzte generelle Wertzuwachsbesteuerung. Allerdings mit dem kleinen Unterschied, daß sie wesentlich härter greifen würde, als unsere Vorschläge, die Freibeträge und Freigrenzen vorsehen.

Weil das aber so ist, wird man von Bekenntnis zu zeitnahen Werten bei der Union nicht allzu viel halten dürfen.

Zu den Leitsätzen der CDU/CSU drängt sich damit das bekannte Bild vom "Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß" auf.

Die CDU/CSU sollte sich und uns nicht täuschen wollen. Der soziale Sprengstoff in unseren Städten verdichtet sich. Mit Tricks zugunsten einer kleinen Minderheit ist da nicht mehr weiter zu kommen. (-/ex/ja/20:10.1972/bgy)

+ + +

Dank an Heinrich Böll

Ein neuer Nobelpreisträger der Bundesrepublik

Vor einem Jahr hat ein Deutscher, Bundeskanzler Willy Brandt, den Friedensnobelpreis erhalten, die höchste Auszeichnung, die die Welt für einen Mann des Friedens zu vergeben hat. Der letzte Deutsche, dem diese Ehre zuteil geworden war, ist Gustav Stresemann gewesen, langjähriger Außenminister der Weimarer Republik. Dazwischen liegen die schmerzlichsten und schrecklichsten Jahre deutscher und europäischer Geschichte. Willy Brandts Wirken für einen gesicherten Frieden hat vom deutschen Volk den Nadel des Aggressiven und eines Verkämpften, die Nachbarn bedrohenden Nationalismus genommen. Seine Politik der Verständigung und der guten Nachbarschaft setzte Beispiele; sie hat den Beweis erbracht, daß es trotz aller ideologischer Gegensätze zwischen West und Ost und trotz der Verschiedenartigkeit der Gesellschaftssysteme möglich ist, zum Wohle aller Ebenen gemeinsamer Interessen zu finden.

Auch mit der Verleihung des Nobelpreises für Literatur an Heinrich Böll zeichnete die schwedische Akademie einen deutschen Dichter und Schriftsteller, zudem auch überzeugten Demokratien aus, der durch seine Werke Weltgeltung gewann und dem deutschen Namen zu neuem Ansehen verhalf. Dieser leidenschaftlich engagierte Mann ist zwar ein unerbitterlicher Kritiker unserer Gesellschaft, und er zeigt schonungslos Wunder und Schwächen auf, aber durch all seine Werke leuchtet eine Humanität, die Raum für Hoffnung läßt. In der Würdigung Heinrich Bölls durch den Sekretär der schwedischen Akademie heißt es: "Wer von Estricken befreit ist, übt nicht Kunstschwimmen. Es handelt sich um eine Erneuerung aus Vernichtung, um wieder entdecktes Leben, um eine geistige Saat, die von Frostnächten heimgesucht, zur Ausrottung verurteilt war und die nun aufs Neue keimt, aufgeht und Früchte trägt uns allen zu Nutz und Frommen".

Auch die Verleihung des Nobelliteraturpreises an Heinrich Böll ehrt ein Deutschland, das seinen Namen nicht mehr mit der Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit befleckt und entwürdigt wissen will. Insofern besteht ein Zusammenklang zwischen dem Dichter Heinrich Böll und dem Staatsmann Willy Brandt. Das Werk dieses Dichters sagt allgemein Gültiges aus und dies erklärt seine weltweite Resonanz. Er spürt der deutschen Nachkriegswirklichkeit nach und sagt aus, was viele empfinden. Und er kennt keine Rücksichtnahme auf Rücksichten.

Mit Willy Brandt und Heinrich Böll, den Trägern von Nobelpreisen, offenbart sich ein Deutschland, das, befreit von den Schlacken der Vergangenheit, seine Energien auf die Werke des Friedens konzentriert, und das sich eingeordnet hat in die Gemeinschaft der Völker. Unser Volk kann stolz auf beide Männer sein.

Albert Exler
(-/ex/20.10.1972/ks)

CDU-Minus auch beim Sport

Fakten räumen mir Barzels Propaganda auf

Von Friedel Schirmer

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Dem CDU-Kanzleraspiranten Dr. Rainer Barzel fiel es in diesen Tagen schwer, in einem Interview die positive Sportförderungsbilanz der SPD/FDP zu akzeptieren. Statt dessen warf er den Koalitionsparteien eine fehlende Gesamtkonzeption und den künftigen Wegfall der Bundesmittel für den gemeindlichen Sportstättenbau im Rahmen des "Goldenen Plans" vor.

Abgesehen davon, daß die Ministerpräsidenten der Länder es 1969 abgelehnt hatten, den Sportstättenbau als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Länder zu akzeptieren, meinte Dr. Barzel, die CDU/CSU zum "Grundsteinleger" für die wirksamen Sportförderungsmaßnahmen der Regierung in den letzten drei Jahren befördern zu müssen. Wie in vielen anderen Bereichen ist auch hier die Aussage des CDU-Vorsitzenden mit nichts zu belegen. Die Tatsachen sehen ganz anders aus.

Dr. Barzel erklärte, daß sein CSU-Freund und ehem. Innenminister Hermann Höcherl nicht nur Geburtshelfer, sondern sogar der Vater der Errichtung von 19 Bundesleistungszentren für den Sport sei, die allein aus Bundesmitteln 85 Millionen DM gekostet haben. Selbst wenn Höcherl tatsächlich der Schöpfer dieser Leistungszentren gewesen wäre, - was aber nachweislich nicht der Fall ist -, so könnte er sich dieser Vaterschaft keineswegs erfreuen. Der Beweis: Erst der SPD/FDP-Bundesregierung ist es im vergangenen Jahr gelungen, zusammen mit dem Deutschen Sportbund einen Gesamtplan, insbesondere für kombinierte Leistungszentren, zu vereinbaren, um auch die Wirtschaftlichkeit und sportlichen Notwendigkeiten stärker zu berücksichtigen. Zuvor ist ohne vorliegende Gesamtkonzeption gebaut worden, eine Tatsache, die sich anhand von Fehlinvestitionen sehr einfach nachweisen läßt.

Ein zweites Beispiel: Die Haushaltspläne des Bundes und die

Streitereien mit den Sportorganisationen vor 1969 geben Auskunft darüber, daß der Bund erst unter dem Einfluß der SPD die Sportförderungsmittel auf ein vernünftiges und gesellschaftspolitisch vertretbares Maß erhöht hat. So wurden die Mittel für die zentrale Maßnahme der Sportorganisationen (Training, Wettkämpfe, sportmedizinische Betreuung und internationale Veranstaltungen) von bescheidenen 4,6 Millionen DM im Jahre 1965 auf rund 23 Millionen DM im laufenden Jahr erhöht.

Außer grundloser Kritik hat die Opposition auch den Bemühungen der Bundesregierung um verbesserte Sport- und Jugendbeziehungen mit der DDR und den osteuropäischen Ländern nichts entgegenzusetzen. Es waren letztlich Innenminister der CDU/CSU, die noch bis 1969 Sportlern aus Polen, aus der UdSSR, aus Ungarn und aus Kuba die Einreise in die Bundesrepublik verweigern wollten.

Die Forderung, mit dem gesamtdeutschen Sport endgültig Schluß zu machen, wurde auch nicht von Politikern der Koalitionsfraktionen, sondern durch verantwortungstragende Vertreter der "Unions"-Parteien erhoben. Gerade die CDU/CSU ist es gewesen, die über Jahre hinweg durch Protokollgezänk ihren Beitrag zur negativen Entwicklung der Sportbeziehungen zur DDR geleistet hat. Nur aus diesem Blickwinkel scheint es verständlich, daß Dr. Barzel die ersten Schritte zur Verbesserung der Jugend- und Sportbeziehungen mit der DDR, die u.a. der Verkehrsvertrag mit sich bringt, mit den üblichen Maximalforderungen belegt.

Demgegenüber hat Bundeskanzler Willy Brandt die Gesamtsituation nach den Olympischen Spielen 1972 richtig beurteilt, wenn er sagte: "Ich habe mir von einigen unserer eigenen Sportler erzählen lassen, daß der persönliche Kontakt nicht mehr so frostig war, wie er sich noch vor wenigen Jahren dargestellt hat. Das ist wenig. Ich selbst habe mich gefreut, daß die Sportler - die Landsleute, muß man ja sagen - aus der DDR unvereinigenommen aufgenommen worden sind durch das Publikum in München. Und nun hoffe ich, daß wir schon durch den Verkehrsvertrag und dann durch den Grundvertrag zu einem stärkeren Sportaustausch kommen. Wenn wir zum Grundvertrag kommen, dann wird er ganz sicher ein Element enthalten, das von Sport- und Jugendaustausch handelt." (-/ex/20.10.1972/bgy)

Pioniere der Völkerverständigung

Deutsch-Polnische Kooperation im Lehrbuchwesen

Der Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Georg Eckert, und der Vizepräsident der Polnischen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Wladyslaw Markiewicz, haben in Braunschweig eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit der beiden Kommissionen auf dem Gebiet der Schulbuchrevision bilden wird. Den Weg für diese Zusammenarbeit hat der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 gebahnt; daß er so zielbewußt beschritten wurde, ist durch das Wirken von Wissenschaftlern, Pädagogen und Verlegern ermöglicht worden, die sich schon seit Jahrzehnten der Aufgabe widmen, Schulbücher und Unterrichtsmaterial im Geiste der Völkerverständigung zu gestalten. Ein Pionier dieser Bemühungen ist Prof. Eckert, der Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, der als Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission zusammen mit seinen polnischen Kollegen in diesem Jahr bereits vier Expertentagungen zur Vorbereitung der eben abgeschlossenen Vereinbarung veranstaltet hat.

Die erste dieser Tagungen hatte im Februar 1972 in Warschau stattgefunden und vierzehn Empfehlungen zur methodischen und sachlichen Behandlung der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im Geschichts- und Geographieunterricht verabschiedet. Zwei Monate später kam ein größerer Kreis von deutschen und polnischen Historikern, Geographen sowie Schulbuchexperten und -verlegern in Braunschweig zusammen, die das durch die politische Entwicklung schwer belastete deutsch-polnische Verhältnis der Jahre 1914 bis 1933 behandelten und das Ergebnis ihrer Beratungen in weiteren Vorschlägen resümierten. Sie stießen auf ein erfreulich zustimmendes und weites Echo. Diese "Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland" wurden in der Bundesrepublik in insgesamt 16 Ausgaben von verschiedenen Institutionen in hoher Auflage verbreitet und in den Amtsblättern mehrerer

Kultusministerien veröffentlicht. Auch in Polen reagierten Öffentlichkeit und Regierung positiv; das Institut für Lehrpläne und Schulbücher beim Ministerium für Volksbildung und Erziehung in Warschau sowie andere wissenschaftliche und pädagogische Institute werden die Arbeit der Schulbuchrevision auf der Grundlage der "Empfehlungen" fördern.

Nachdem deutsche Schulbuchexperten Ende September, einer Einladung der Polnischen UNESCO-Kommission folgend, in Warschau mit ihren polnischen Kollegen weitere gemeinsame Pläne besprochen hatten, kam am 17. Oktober die "Vereinbarung zwischen den UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision" zur Unterzeichnung. Sie sieht vor: 1/ die Bildung eines Ausschusses polnischer und deutscher Experten, der die Arbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision fortsetzt; 2/ die Förderung einer systematischen Zusammenarbeit der Schulbuchverlage und anderer an der Gestaltung der Schulbücher interessierter Stellen beider Staaten; 3/ den verstärkten Austausch von Informationen und Materialien, die einer Verbesserung und Aktualisierung der Schulbücher dienen; 4/ die Veranstaltung von Studienreisen und -aufenthalten für Schulbuchautoren, Lektoren und Verlagsexperten; und 5/ die Festlegung, daß sich die Zusammenarbeit nicht auf die Revision der Lehrbücher für Geschichte und Geographie beschränken, sondern auch die Prüfung der Lehr- und Lernmittel für die Politische Bildung, die Arbeitslehre und den Sprach- und Literaturunterricht einbeziehen soll.

Die UNESCO-Kommissionen werden diese Vereinbarung den Regierungen beider Staaten - in der Bundesrepublik den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder - übermitteln. Darüber hinaus appellieren sie an alle Wissenschaftler, Erzieher, Schulbuchautoren und -verleger, an die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen, zu einer Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beizutragen. Man kann nur wünschen und hoffen, daß diesem auf eine weite Perspektive angelegten Projekt von allen Seiten die ihm gebührende Unterstützung zuteil wird.

Dr. Susanne Miller
(-/sab/20.10.1972/ks)